

#### 4. Mitgliederbrief, 17. Februar 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Herr Dr. Brendebach als Fachverantwortlicher in der Senatsbildungsverwaltung ( Senbjf ) hatte am Montag, 15. Februar 2021 zu einem Fachgespräch zum Problemkreis „Islam, Islamismus und Islamfeindlichkeit in der Berliner Schule“ im Format Videokonferenz eingeladen. Wir nahmen als Verband mit drei Vorstandmitgliedern daran teil.

Hier unser zusammenfassender Bericht für Sie als Mitglieder:

##### **ERGEBNISSE:**

**Fachgespräch „Umgang mit Islamismus und Islamfeindlichkeit an Berliner Schulen“: Montag, 15.2.2021, 16:00-18:00 Uhr**

**Moderiert von Herrn Dr. Brendebach und Herrn Thomas Flechsig**

In dem offenen Gedankenaustausch zwischen Berliner Lehrkräften aus vielen Bezirken und unterschiedlichsten Schulen sowie Fachdidaktikern der FU und Mitarbeitern der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wurden Erfahrungen aus der Praxis ausgetauscht.

Die Themenkomplexe Islamismus und Islamfeindlichkeit wurden durch zwei diskrepante Standpunkte vertreten: Auf der einen Seite seien Islamismus und Islamfeindlichkeit nicht voneinander getrennt zu betrachten. Die zweite Seite zeichnete sich durch ein hohes Problembewusstsein für das Thema Islamismus aus. Eine extreme Erfahrung dazu teilte eine Lehrerin einer Neuköllner Schule mit, an der sich ein Schüler radikalisierte und dem IS in Syrien anschloss, wo er letztendlich starb. Aber auch weniger extreme Erfahrungen eher aus dem Bereich des latenten Islamismus waren vielen Kollegen bekannt, wenn es etwa um die Frage geht, wie darauf reagiert werden kann, wenn Schüler weiblichen Lehrkräften sagen, dass diese ihnen gar nichts zu sagen hätten oder patriarchalisch sozialisierte Jungen ihre Mitschülerinnen auf einen angemessenen Verhaltens- und Kleidungskodex hinweisen („Senk deinen Blick!“; „Zieh dich nicht so freizügig an!“).

Konsens im Fachgespräch bestand in vielerlei Hinsicht: Das Grundproblem für eine deradikalisierende und präventiv agierende Arbeit kann nur durch mehr Zeit und mehr Personal gelingen. Der Aufbau einer Beziehung auf einer emotionalen Ebene ist auf der einen Seite wichtig und eine Vermittlung von historisch-politischem Fakten- und Fachwissen ist unabdingbar – beides scheitert in der Realität aber oft an Grundstrukturen wie Zeit, Raum und Personal. Wenn Fragen danach diskutiert werden sollen,

**Dr. Peter Stolz**  
Herbert-Jensch-Straße 95,  
D-15234 Frankfurt/Oder

Telefon: 0335 / 55 40 93 64  
E-Mail: [pstolz100@yahoo.com](mailto:pstolz100@yahoo.com)  
Handy: 0152/53589981

---

wo die Grenzen der Vielfalt zu sehen sind, dann wird dies besonders deutlich. Kadir Sahin, Vertreter der alevitischen Gemeinschaft in Berlin, hat darauf hingewiesen, dass sich islamistische Gruppierungen beispielsweise genau solche Leerräume suchen, um den Jugendlichen Antworten auf Fragen zu geben, die in der Schule oder im Elternhaus für sie nicht ausreichend beantwortet werden.

Der basalen Forderung danach, dass Schule ein Ort sein muss, an dem Artikel 1 des Grundgesetzes und § 1 des Schulgesetzes gelebt werden können, fand ebenso einen starken Zuspruch wie auch das Anerkennen, dass dies nicht dadurch erreicht werden kann, dass unterschiedliche Opfernarrationen um spezielle Anerkennung, bzw. um eine Deutungshoheit ringen.

Der Geschichtslehrerverband vertrat die Auffassung, dass nur durch mehr Stunden im Bereich GeWi (insbesondere durch mehr historisch-politische Bildung und das heißt auch mehr Stunden in den Fächern GESCHICHTE und POLITISCHE BILDUNG) diese schwierige Situation langsam verbessert werden könne. Diese Auffassung wurde von allen Anwesenden geteilt. Herr Dr. Brendebach sicherte zu, dass dies zwar eine sicherlich berechnete, aber schwer durchzusetzende Forderung sei, dass dies lange dauern würde, bis wir hier Erfolg hätten, aber er sagte zu, dass er dies gerne auch ansprechen werde, bat nur um Geduld („dicke Bretter“).

Es wurde auch angesprochen, dass insgesamt bei vielen Schülerinnen und Schülern das Wertebewusstsein um den materiellen Rechtsstaat fehle. Es herrsche ein weitgehender Werterelativismus, so nach dem Motto: Andere Kulturen, andere Sitten (bspw. Muslime), das müsse man akzeptieren. Diese Haltung vieler Schülerinnen und Schüler wurde ebenfalls von allen eher kritisch gesehen, vom Geschichtslehrerverband selbstredend, weil dies den Wertvorstellungen des GG und des SchulG widerspreche – dort herrscht kein Werterelativismus. Es wurde diesbezüglich allerdings auch erörtert, dass dieser Werterelativismus leider vorherrsche und es sicherlich auch wieder „viel Zeit“ koste, dies zu revidieren.

Insgesamt war die Veranstaltung sehr konstruktiv; es sollen laut Dr. Brendebach weitere Fachgespräche folgen. Auch Handreichungen zu diesem Themenkomplex sind geplant.

Wir als Verband sind froh, dass dieses Problem (s.o.) nun endlich offen diskutiert wird, ohne dass den Lehrerinnen und Lehrern gleich ein politisches Stigma angeheftet wird, sondern dass faktenbasiert und lösungsorientiert darüber gesprochen werden kann.

---

**BLEIBEN SIE VOR ALLEM GESUND!**

Beste Grüße



**Dr. Peter Stolz**

Vorsitzender des Landesverbands Berlin im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)